

Werner Boldt

Politischer Geist und geschundener Leib

Zum 70. Todestag Carl von Ossietzkys

In der Familie Ossietzky gibt es einen Siegelring, den jetzt Ossietzkys Enkel Ebbe Palm besitzt. Er zeigt ein Schwert zwischen zunehmendem und abnehmendem Mond, was heißen soll, dass sein Besitzer jederzeit bereit ist. Was Carl von Ossietzky von diesem Ring gehalten hat, weiß ich nicht. Aber er zeigt etwas von seinem Charakter: Unbeugsam für eine Sache eintreten, die man für gerecht erachtet, auch wenn man sich damit zum Außenseiter macht (vielleicht auch: Gerade, weil man sich damit zum Außenseiter macht).

Auch der Literat, der Publizist führt, so schrieb Ossietzky einmal in einer Laudatio auf Stefan Großmann, den Herausgeber des »Tage-Buchs«, eine Klinge, freilich einen Degen zum eleganten Attackieren und nicht ein Schwert zum plumpen Dreinschlagen.

Ossietzky wurde als Sohn oberschlesischer Zuwanderer in Hamburg 1889 geboren. Sein Vater war Sekretär bei einem angesehenen Rechtsanwalt, seine Mutter betrieb einen Milchausschank. Sie war evangelisch, ihr Mann katholisch. Ossietzky wurde katholisch getauft und nach dem frühen Tod seines Vaters bei einer Tante streng katholisch erzogen. Nach der Rückkehr zu seiner Mutter, die wieder geheiratet hatte, wurde er konfirmiert. Für die Kirche war Ossietzky verloren. Er sah in ihr eine Veranstaltung, die den Geist eher diszipliniert als befruchtet, und politisch war dem angehenden Demokraten das Bündnis von Thron und Altar höchst zuwider. Aber er wurde doch kein Eiferer gegen die Religion. Für religiöses Verhalten, das sich nicht in leer laufender Gewohnheit erschöpft und sich nicht zu politischen Zwecken instrumentalisieren lässt, konnte er Verständnis aufbringen.

Zuweilen ist zu lesen, dass die Ossietzkys bei der Geburt ihres Sohnes im Gängeviertel gewohnt hätten, also in den Hamburger Slums, in denen einige Jahre später die Cholera wütete. Tatsächlich wohnten sie in einer Strasse, die, das Gängeviertel begrenzend, zum Michel, der Hauptkirche der Hamburger Bürgerschaft führte. Dieser Wohnsituation mag man symbolische Bedeutung für den späteren Lebensweg des jungen Ossietzky abgewinnen können. Auf die sonntäglichen Karossen des honorigen Bürgertums schauend, im Rücken die sozial verelendenden Unterschichten – das ist die gesellschaftliche Stellung des Kleinbürgers, der vor der Entscheidung steht, ob er den Anschluss an die Oberschichten gewinnen und Karriere machen,

oder ob er sich an der Seite der »Underdogs«, des einfachen Volkes gegen soziales Unrecht engagieren und einer schönen Menschheitsidee folgen will. Ossietzky entschied sich für die zweite Möglichkeit. Aber wie er aus bürgerlichem Stolz den Umgang mit gehobenen Kreisen mied, so hielt er in seinem bürgerlichen Selbstverständnis auch Distanz zu den Unterschichten. Es kam ihm nie die Überlegung, Mitglied einer Arbeiterpartei zu werden. Als Bürgerlicher gehörte er da nicht hin.

Beruflich bot sich ihm zunächst nur eine miese kleinbürgerliche Existenz. Nachdem er den Abschluss zum Einjährig-Freiwilligen (= Mittlere Reife, Realschulabschluss) nicht bestanden hatte, weil die Mathematik aufgeteilt war in Geometrie, Algebra und Rechnen und er in allen drei Fächern ein Mangelhaft hatte, wurde er Hilfsschreiber am Hamburger Amtsgericht, immerhin eine Stelle, die ihm die Heirat mit Maud Hester Woods, der Tochter eines englischen Kolonialoffiziers, ermöglichte. Die Ehe hielt, 1919 wurde die Tochter Rosalinda geboren, aber ein Familienleben führten die Ossietzkys nicht, sie hatten nicht einmal eine eigene Wohnung.

Das Interesse zum Beruf gemacht

Maud, die sich in England als Frauenrechtlerin betätigt hatte, bestärkte ihren Mann, aus seinem Interesse an Theater und Politik einen Beruf zu machen. Ossietzky hielt kleine Vortragsabende gegen Bezahlung und schrieb politische Artikel. Diese Tätigkeit war immerhin so einträglich, dass er seine Arbeit am Amtsgericht aufgeben konnte. Seine politischen Artikel veröffentlichte Ossietzky im »Freien Volk«, dem Organ der »Demokratischen Vereinigung«. Diese politische Gruppe war unter dem Bülow-Block entstanden, einer vom Reichskanzler von Bülow gegen die Sozialdemokratie betriebenen Sammlung aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums. Vorsitzender war Rudolf Breitscheid, der nach einem Wahldebakel 1912 zur SPD ging, was ihm Ossietzky nie verziehen hat. Sein Nachfolger wurde Hellmut von Gerlach, der sein politisches Engagement als Konservativer begann, dann den »Nationalsozialen Verein« Friedrich Naumanns mitbegründete, bis er sich schließlich zum Pazifisten und entschiedenen Demokraten wandelte (*Red.: siehe Karl Holl: Demokratischer Pazifist und unbeirrbarer Freund Frankreichs. Der Pa-*

7

zifist Hellmut von Gerlach. In *Forum Pazifismus* 14, Seite 18 ff.). In dieser Eigenschaft übernahm er nach dem Krieg in Berlin eine zeitlang für Ossietzky die Rolle eines Ziehvaters.

Die Demokraten waren der Auffassung, dass die von ihnen erstrebte Einführung des parlamentarischen Regierungssystems nur im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft zu bewerkstelligen sei, »die nun einmal«, wie Breitscheid in einer Flugschrift schrieb, »zum größten Teil in der Sozialdemokratie organisiert ist.«¹⁾ Das Zusammengehen von Bürgertum und Arbeiterschaft war und blieb für Ossietzky die Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung von Demokratie. Das galt auch später in der Anfangszeit der Weimarer Republik. Er favorisierte die Weimarer Koalition und nicht etwa ein Bündnis der beiden Arbeiterparteien MSPD und USPD. Die Ausrichtung auf die MSPD ist bei einem Pazifisten bemerkenswert, hatte sich doch die Sozialdemokratie nicht an einer spezifisch sozialistischen Frage gespalten oder an der Frage von Reform oder Revolution, sondern an der Frage von Krieg und Frieden. Die sich schon vor dem Krieg anbahnende Spaltung in Reformen und Revolutionäre wurde überlagert von der Spaltung in Kriegs- und Friedenssozialisten. Ossietzky war kein pazifistischer Doktrinär. Er verabscheute Gewalt generell, gleich, wer sie in welcher Weise und zu welchem Ziel übte.

Das Spezialgebiet, das sich Ossietzky suchte und das seine politische Publizistik prägen sollte, war Kritik an Militär und Militarismus. Ihr verdankte er seine erste Verurteilung, weil er das Erfurter Kriegsgericht beleidigt hatte. In der Weimarer Republik sollten wegen Artikeln, die er als Redakteur zu verantworten hatte, weitere Prozesse und Verurteilungen folgen, und immer war das Militär sein Kontrahent. Das Erfurter Gericht hatte Reservisten verurteilt, die sich randalierend auf dem Heimweg von einer Übung mit Polizisten angelegt hatten. In der Öffentlichkeit löste die Höhe der Strafen Empörung aus, es wurde aber auch die Zuständigkeit eines Kriegsgerichts statt eines zivilen Gerichts beanstandet. Ossietzky schrieb dazu, grundsätzlich werdend:

»Diese Justiz will nicht prüfen und wägen, wie die bürgerliche – es soll. Sie will auch nicht vergelten. Sie überzahlt. Sie hat die Aufgabe, den »Untertanen« an das Prinzip der Autorität, der unbedingten Disziplin zu erinnern. Sie hat ihm die Grenzen seiner Freiheit zu zeigen. Das bürgerliche Leben bringt eine höchst gefährliche Gleichmacherei mit sich. Also muß daran erinnert werden, dass es noch Klassen gibt. Das ist die Aufgabe der Kriegsgerichte.« (I 38)

Wir dürfen uns von dem Wort »Klassen« nicht auf die falsche Fährte locken lassen. Ossietzky folgt

nicht dem marxistischen Sprachgebrauch der Sozialdemokratie. Er denkt in der Tradition bürgerlicher Demokratie. Klassenaufhebende Gleichmacherei resultiert nicht aus dem proletarischen Klassenkampf, sondern aus dem bürgerlichen Leben. Und wenn Kriegsgerichte die Aufgabe haben, die Existenz von Klassen in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, dann, so verstehe ich Ossietzky, aus dem Grunde, weil das Militär mit der Scheidung von Disziplinierenden und Disziplinierten, von Offizieren und Mannschaften einer entsprechend gearteten, also in »Klassen« gespaltenen Gesellschaft bedarf.

■ Kriegserfahrungen: selbstaufgelegte Disziplin anstatt Kadavergehorsam

Der Krieg setzte in Ossietzkys Leben eine scharfe Zäsur. Belagerungszustand und Zensur entzogen dem Demokraten die Existenzbasis. Ossietzky kehrte zum Amtsgericht zurück. Aber im weiteren Sinne übte er weiterhin politische Tätigkeiten aus; er hielt Vorträge und schrieb Artikel in der Deutschen Friedensgesellschaft und im Deutschen Monistenbund. Das waren keine Ersatzbeschäftigungen für verloren gegangenes politisches Engagement, sondern eine Regression oder auch Rückbesinnung vom politischen Alltagsgeschäft auf Werte, die aller Politik zugrund liegen sollten: auf Pazifismus und Humanismus. Die Friedensgesellschaft sollte ihm nach dem Krieg mit der Stellung eines Sekretärs beim Vorsitzenden Ludwig Quidde eine Existenzmöglichkeit bieten, aber im Monistenbund fühlte er sich eher zu Hause. Man darf sich diesen Bund nicht engstirnig, borniert, gar sektiererisch vorstellen. Das monos verleitet dazu. Tatsächlich aber wurde weniger Wert auf eine einheitliche Welterklärung auf materialistisch-naturwissenschaftlicher Basis im Sinne Ernst Haeckels gelegt als auf ein breiter gestreutes Freidenkertum und damit auf das Zurückdrängen von reaktionärer Obrigkeit und kirchlicher Orthodoxie aus dem kulturellen Leben, insbesondere aus Schule und Erziehungswesen. Das waren Themen, denen sich Ossietzky gerne und nicht ohne Hingabe zuwandte.

1916 wurde Ossietzky als Armierungssoldat, vulgo: Schipper, an die Westfront eingezogen. Wir wissen nichts von seinen Kriegserlebnissen. In seinen Briefen an seine Frau geht es nur um unerquickliche, andauernde Streitigkeiten, die diese mit ihren Schwiegereltern hatte. Und doch dürften ihn die Erfahrungen, die er im Krieg gemacht hatte, tief geprägt, in seinen pazifistischen und humanistischen Einstellungen bestärkt haben. Ossietzky, der den Militarismus hasste und ihn ohne große Rücksichtnahme auf das eigene Wohlergehen bekämpfte, erfuhr die schönsten Augenblicke seines Lebens im Militär, im geschlagenen, sich auflösenden Militär. Jahre später gab er seine Erinnerungen daran in einem längeren Artikel wieder:

1) Zit. n. Fricke in: Boldt/Grahoff/Kraiker: Carl von Ossietzky – Sämtliche Schriften in 8 Bänden; Reinbek 1994; Band I, Seite 499. Alle nachfolgenden Zitate sind ebenfalls dieser Quelle entnommen.

»Man wirft den Soldatenräten vielfach vor, sie hätten die Offiziere infamiert und den Rest von Disziplin beseitigt. Das ist wieder unberechtigt. Denn einmal waren unter den Soldatenräten sehr viele Frontoffiziere, meistens jüngere, unternehmungslustige Männer, die das Vertrauen ihrer Leute genossen, zum anderen aber waren bestimmte höhere Chargen, namentlich die Stäbe, tatsächlich überflüssig geworden. Sie sahen das ein und traten ab. (...) Diejenigen aber, die sich wirklich mit ihren Mannschaften verbunden fühlten, oder deren Begehung und Tatkraft ihnen ruhmloses Zurücktreten unmöglich machte, stellten sich zur Verfügung. Sie waren Führer aufgrund von Intelligenz und Kapazität – auch ohne Patent und Privileg. Sie fanden sich mühelos mit denen ohne Charge. So entstand im Laufe von wenigen Tagen ein neues volkstümliches Führertum, das sogleich Vertrauen genoß und ein hohes Maß von Autorität. (...) Durch das natürliche und entschlossene Zusammenarbeiten der Fähigen ohne Unterschied des Ranges war über Nacht eine ganz neue Form von Organisation entstanden, eine Organisation, die nicht auf Strafandrohungen fußte. (...) Frei von Kadavergehorsam und Drill und Schikane und allem, was das alte System so verhasst gemacht hat, mit volkstümlichen Führern an der Spitze, in selbstaufgelegter Mannszucht, so ging der letzte Marsch der alten Armee vor sich. (...) Sie war nicht mehr Instrument, sondern lebender Organismus. Es ist ein tragikomischer Aphorismus der Weltgeschichte, dass der Geist der Demokratie, den das preußische System stets wie ein tödliches Gift vom Heere ferngehalten hat, diese letzte große Tat erst möglich machte.« (II 402 ff.)

Ossietzky projiziert sein Ideal eines sozialen Lebens auf eine Wirklichkeit, die hässlicher ausgesehen haben dürfte, aber immerhin eine solche Projektion zuließ, nicht zuletzt wegen ihrer Flüchtigkeit und Abnormität. Seine Vorstellungen von volkstümlichem Führertum anstelle von Chargen, von selbstaufgelegter Mannszucht anstelle von Kadavergehorsam dürften auch in seine politischen Urteile eingeflossen sein, in seine Kritik an Parteien, ihren Bonzen, ihren Bürokratien, die den lebenden Organismus Demokratie für ihre egoistischen Zwecke instrumentalisieren. Wir finden ähnliche Kritik an Parteien auch anderweitig, bei Robert Michels und Max Weber, aber bei Ossietzky resultiert sie nicht aus soziologischen Untersuchungen, sondern aus einem tiefgreifenden Erlebnis; damit wird sie empfindsamer, härter, zuweilen auch ungerichtet.

In der Novemberrevolution spielte Ossietzky keine Rolle; die Revolution spielte für ihn keine Rolle, jedenfalls nicht die zentralen Themen, die die Revolution stellte: Räte und/oder Parlament, Sozialisierung. An den berühmten, auf Reichsebene diskutierten und beschlossenen Vorschlägen des Hamburger Soldatenrats zur Demokratisierung

des Militärwesens hat der leidenschaftliche Hamburger Antimilitarist keinen Anteil. Er gehörte dem Rat nicht an, er kümmerte ihn gar nicht.

■ Revolution und/oder Reformation

Im Juni 1919, die Revolution war noch kein Jahr alt, konstatierte Ossietzky das Versagen der politischen und der sozialen Revolution. Politisch würden sich die alten Zelebritäten spreizen, »die von Rechts wegen schon seit einigen Jahrzehnten in den Reliquienschrein gehörten«, und das Volk würde sich in Parteigezänk zersplittern; die wirtschaftliche Umformung würde dauernd verschoben, Anarchie, Egoismus und Schiebertum würden Triumphe erleben wie einst im »Kriegsspekulanten-tum«. Bleibt die »geistig-sittliche«, die »seelische« Revolution. Sie ist für Ossietzky die grundlegende; denn sie ebnet den Boden für die Durchsetzung politischer und sozialer Ideale. Genau genommen ist sie gar keine Revolution, sondern Reformation; sie ist die »neue Reformation«. »Revolution«, so fordert Ossietzky, »muß Reformation werden, Durchsetzung der Köpfe mit neuem Geist.« Vor allen Änderungen in den politischen und sozialen Verhältnissen geht ihm die Bildung des »autonomen Menschen«, und so schildert er ihn:

»Mitten im Grauen des Krieges haben wir neues Menschentum geahnt. Können wir es erklären? Nein, wir wissen nur eines: es war der Gegensatz zu unserm ganzen Tun und Treiben. Wir müssen den Menschen schaffen, der über keine Tradition mehr stolpert. Wir müssen den Menschen schaffen, dem kein Staat, keine Partei mehr befehlen darf: Du sollst töten! oder: Du sollst dich töten lassen! Wir müssen den Menschen schaffen, der nicht mehr die Geißel des Hungers kennt. Wir müssen den Menschen schaffen, frei in seinem Gewissen, von keiner Instanz beeinträchtigt. Wir müssen den autonomen Menschen schaffen, durch nichts gebunden als durch das Bewußtsein, daß Millionen sein Schicksal teilen. Wir wollen nicht mehr die Zwangsorganisation, die die alte Welt in den Abgrund getrieben hat, sondern nur die Bindung aus Erkenntnis, aus Wissen, aus freier Wahl. (...) Der leidende und versklavte Mensch findet wieder zu sich selbst, wird wieder der »Einzig«. Wie einst der Mönch von Wittenberg das vom Oberpriester der Christenheit gekettete Buch erlöste, so entfaltet er innig und glaubensvoll die lange vergessene weiße Fahne der Menschlichkeit, die oft verhöhnt und mit Schmutz beworfen wurde, und die dennoch siegreich in den Lüften wehen wird, wenn die blutbedudelten Standarten der Nationen längst in den Staub gesunken sind.« (I 121, 125 u. 126 f.)

In einer internen und heftigen Kontroverse der Hamburger Pazifisten war Ossietzky als Wortführer gegen ein Mitglied aufgetreten, das aufgrund nationaler Identifikation mit der kaiserlichen Regierung schon zu Kriegszeiten Alfred Fried ange-

griffen hatte, der im Krieg in die Schweiz emigrieren musste. Pazifist und durch und durch Republikaner, duldeten Ossietzky keine Nachsicht gegenüber dem Kaiserreich, keine verständnisvollen Entschuldigungen, und Angriffe auf den von ihm hoch verehrten Fried, der als Mitbegründer der Friedensgesellschaft ein pazifistisches Urgestein von streng internationaler Ausrichtung war, duldeten er schon gar nicht. Von Berlin aus bezog auch Quidde Stellung, und er dürfte in seinem Hamburger Mitstreiter den geeigneten Kandidaten für die Besetzung der Sekretärsstelle in der Friedensgesellschaft entdeckt haben.

■ Vom DFG-Sekretär zum Redakteur

Nachdem Ossietzky schon im Januar 1919 erneut bei der Hamburger Justizbehörde gekündigt hatte, verschaffte ihm die neue Stelle, die er im August 1919 antrat, ein gesichertes Auskommen; darüber hinaus führte sie ihn in politische Kreise ein, auch außerhalb der Friedensgesellschaft, die seinen politischen Horizont erweiterten und ihn zu einem führenden politischen Publizisten reifen ließen. Die Arbeit als Sekretär konnte seine publizistischen Bedürfnisse auf Dauer nicht befriedigen. Bald wurde er Mitarbeiter an der »Berliner Volkszeitung« (BVZ), in deren Redaktion er nach Kündigung seiner Tätigkeit bei der Friedensgesellschaft eintrat.

Die von Otto Nuschke, einem Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) (und nach dem Zweiten Weltkrieg Vorsitzender der Ost-CDU), redigierte BVZ verfügte über allerfeinste demokratische Tradition. Sie war aus der in der 48er Revolution gegründeten »Urwähler-Zeitung«, einem demokratischen Massenblatt, hervorgegangen. Als erste Zeitung in Deutschland brachte sie Leitartikel, die das politische Geschehen kritisch kommentierten. Geschrieben waren sie von Aaron Bernstein, dem Führer der jüdischen Reformbewegung. Nach dem Verbot 1853 ließ sie der Verleger Franz Duncker, später ein Mitbegründer der Fortschrittspartei und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, unter dem Titel »Berliner Volkszeitung. Organ für Jedermann aus dem Volke« neu erscheinen. Franz Mehring, der später zur Sozialdemokratie ging und im Krieg mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht den Spartakusbund begründete, gab ihr das politische Profil. Als der Verleger Rudolf Mosse sie erwarb, wurde die BVZ das Hinterhausorgan für die Schuster und Schneider und somit das Gegenstück zu dem von Theodor Wolff redigierten »Berliner Tageblatt«, dem vornehmen Flaggschiff des Konzerns und der nach der »Frankfurter Zeitung« renommiertesten demokratischen Tageszeitung in Deutschland. Der Publizist Ossietzky fand an der BVZ eine ihm gemäße Wirkungsstätte. Auch als Pazifist fand er sie. Er wurde verantwortlicher Redakteur für die Außenpolitik.

■ Entwerteter Völkerbund

Für Pazifisten bildete der Völkerbund das A und O der Außenpolitik. Es bildeten sich zwei Richtungen heraus: eine völkerrechtliche und eine demokratische. Die völkerrechtliche begriff den Völkerbund als einen Bund souveräner Staaten, die zum Zwecke der Friedenswahrung zusammenkamen. Die demokratische wollte statt eines Bundes von Staaten einen von Völkern, gebildet von Parlamentariern und Vertretern von Massenorganisationen internationalen Zuschnitts. Dieser Idee eines »wahren Völkerbundes« hing auch Ossietzky an. Er blieb Idee. Der wirkliche Völkerbund aber stellte nicht einmal einen Bund der Staaten dar, sondern einen Ort regelmäßiger, aber entscheidungsarmer Treffen, auf denen die Dominanz der großen Staaten über den Bund nicht ernsthaft in Frage gestellt wurde. Die Umstände, unter denen Deutschland 1926 dem Völkerbund beitrat, ließen das deutlich vor Augen treten. Ossietzky sah in ihnen eine Entwertung des Völkerbundes, die ihm höchlichst missfiel.

»Wenn mir vor zwei Jahren Jemand gesagt hätte, ich würde am Tag des deutschen Eintritts in den Völkerbund sehr gelassen und nicht ganz interessiert die Zeitungsberichte überfliegen, ich hätte dem Propheten ins Gesicht gelacht«, schrieb er. Was war »vor zwei Jahren« und was hatte sich seitdem gewandelt? Vor zwei Jahren gab es in Frankreich unter Herriot und in England unter MacDonald linke Regierungen, die dem Pazifismus zugehört waren. MacDonald bot Deutschland den Beitritt zum Völkerbund an, doch Stresemann zeigte sich nicht sonderlich erfreut. Er erklärte die grundsätzliche Bereitschaft Deutschlands zum Beitritt, machte ihn aber von zwei Bedingungen abhängig. Die erste: Deutschlands müsse ein ständiger Ratsitz zugesprochen werden; und die zweite: Deutschlands Verpflichtung zur Beteiligung an Sanktionen müsse eingeschränkt werden. Mit der zweiten Bedingung wollte Stresemann der Gefahr vorbeugen, dass Deutschland ein Durchmarschgebiet in einem Krieg des Westens gegen die Sowjetunion werden könnte. Da eine solche Gefahr gerade unter Linksregierungen nicht bestand, wollte Stresemann wohl nur seinen konservativen Landsleuten entgegenkommen, die von einer dominanten Stellung Deutschlands träumten, die es sich dadurch verschaffen könnte, dass es Osten und Westen gegeneinander ausspiele.

In Ossietzky, der eindeutig nach Westen orientiert war, fanden solche Überlegungen einen scharfen Gegner. Statt einer Politik der freien Hand, eines »artistischen Spiels« mit mehreren Bällen zugleich à la Bismarck forderte er eine zuverlässige und berechenbare, eine der »pedantischen Redlichkeit«. (III 244) In der aktuellen Situation maß er indessen der ersten Bedingung mehr Gewicht bei. Denn diese führte zu Komplikationen. Andere Mitgliedstaaten meldeten ebenfalls Ansprüche an,

und schließlich verließ Spanien »verschnupft« den Völkerbund.

Zu den vom Verhalten Deutschlands ausgelösten Querelen kam erschwerend hinzu, dass die deutsche Regierung grundsätzlich einen Weg einschlug, der den Völkerbund entwertete. Bevor Stresemann nach Genf ging, ging er nach Locarno. Auf dieser Konferenz war Deutschland nicht mehr der Besiegte, es war ein Partner, der auf gleicher Augenhöhe verhandelte. Locarno bedeutete die Wiederherstellung des Konzerts der großen Mächte mit allen nachteiligen Folgen für die kleineren. Die Großmacht Deutschland verständigte sich mit der Großmacht Frankreich über die Grenzen, mit dem kleineren Polen verständigte sie sich nicht. Dem West-Locarno folgte kein Ost-Locarno. In München sollten die Tschechen die Folgen dieser Wiederaufnahme der Vorkriegspolitik in noch in viel gravierender Weise als die Polen in Locarno erfahren.

Die Bilanz, die Ossietzky wenige Wochen vor dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund zog, war niederschmetternd für jeden, der sich von der Gründung des Völkerbundes eine neue Art internationaler Politik erhofft hatte:

»Ist der Fall Völkerbund überhaupt noch kurierbar?«, fragte Ossietzky und gab zu überlegen: »Selbst 1924 wäre der Eintritt Deutschlands noch ein großes moralisches Ereignis gewesen. Denn damals bestanden noch Möglichkeiten, den Völkerbund wirksam zu machen. Da zerschnitt Stresemann den Faden. Denn was unsre Außenpolitik an überstaatlicher Organisation goutieren kann, das ist nicht der Friedensbund demokratischer Nationen mit fester Bindung der Mitglieder, sondern ein zu nichts verpflichtender Honoratiorenkonvent, wo man sich auf der Bank der Großmächte dicke tut. (...) Das Deutschland Herrn Stresemanns steht heute, nach offizieller Lesart, »kühl und sachlich« vor der Tür. Wartet kühl und sachlich auf den Ausgang der vor ihm angerichteten Verwirrung. Was für eine Veranlassung bestand zum Beispiel, gegen Spaniens Ratssitz zu protestieren? Die Antwort ist so einfach: die Herren wollen im Triumph in den Völkerbund. Es muß etwas Prestige dabei sein, jemand muß sich darüber giften, sonst macht der ganze Pazifismus keinen Spaß.« (III 254 f.)

Ossietzky kommentierte nicht nur als Pazifist das politische Geschehen, er griff auch selber ein. Im Kreis der Journalisten an der BVZ entstand der Plan, jährlich zum Tag des Kriegsausbruchs einen Antikriegstag zu begehen. Daraus erwuchs die »Nie wieder Krieg«-Bewegung, der viele Organisationen angehörten, deren Massenanhänger aber von der Arbeiterschaft, insbesondere von der USPD gestellt wurde. Als diese Partei nun sich zwischen MSPD und KPD aufteilte und die Gewerkschaften einen eigenen internationalen Antikriegstag ausrichteten, war das Ende der Bewegung gekommen. 1924 trat sie zum letzten Mal an die Öffentlichkeit, deren Aufmerksamkeit allerdings mehr von einer

Gedenkfeier für die deutschen Opfer des Weltkrieges in Anspruch genommen wurde, auf der Ebert als Reichspräsident sprach.

Der Pazifismus muss politisch werden

In diesem Jahr sagte sich Ossietzky von den organisierten Pazifisten los. Bitter rechnete er mit seinen Gesinnungsfreunden ab:

»Der Pazifismus Herriots und Macdonalds ist politisch, das heißt, real fundiert, beweglich und deshalb auch bewegend. Er arbeitet mit den Mitteln der Politik. Der deutsche Pazifismus war immer illusionär, verschwärmt, gesinnungsbesessen, argwöhnisch gegenüber den Mitteln der Politik, argwöhnisch gegen die Führer, die sich dieser Mittel bedienten. Er war Weltanschauung, Religion, Dogmatik, ohne daß sich etwas davon jemals in Energie umgesetzt hätte. Deshalb mochte es ihm gelegentlich gelingen, ein paar Parolen populär zu machen, Versammlungserfolge zu erzielen, organisatorisch hat er niemals die Massen erfasst. Das Volk blieb immer beiseite. (...) Und da gerade liegt das Entscheidende: der Pazifismus muß politisch werden und nur politisch. Die notwendigste Idee unserer Zeit darf nicht zum Steckenpferd kleiner Prinzipienjockeys werden. Der Weg zum Volk muß gefunden werden, damit das deutsche Volk endlich wieder den Weg zu den Völkern findet.« (II 373 ff.)

Abseits vom Pazifismus suchte Ossietzky 1924 einen eigenen Weg zum Volke, und der führte ihn direkt in ein Desaster. Er stürzte sich, wieder vornehmlich mit Kollegen von der BVZ, in das Abenteuer, eine eigene Partei zu gründen, mit der man sich an den bevorstehenden Reichstagswahlen beteiligen wollte. Zu dieser Zeit regierte im Reich eine bürgerliche Koalition, die von der DVP (Deutsche Volkspartei) über das Zentrum bis zur DDP reichte. War das auch noch nicht der von Ossietzky perhorreszierte Bürgerblock, so war doch die SPD ausgeschlossen. Das Bündnis von bürgerlicher und proletarischer Demokratie, für Ossietzky die Grundlage aller friedlichen demokratischen Entwicklung, war geplatzt.

Die »Republikanische Partei Deutschlands« (RPD) verhielt sich wie eine Partei, aber sie wollte keine sein, sie wollte eine Bewegung sein, die alle gesinnungstüchtigen Anhänger der Republik vereinigend der Idee der Republik zu neuer Leuchtkraft, einer wirklich republikanischen Politik zum Durchbruch verhalf. Ossietzky, der für diese Partei kandidiert hatte, wurde nicht gewählt. Niemand von der Partei wurde gewählt. Sie löste sich auf. Ein folgenloses Intermezzo für das politische System der Weimarer Republik, aber folgenreich für Ossietzky. Er verlor seine Stellung an der BVZ. Die RPD war, ob sie es nun herausstellte oder nicht, als konkurrierende Partei zur DDP aufgetreten. Nuschke, der 1932 als Chefredakteur im Zuge der allgemeinen Anpassung der demokratischen Pres-

se an den politischen Rechtstrend aus der BVZ hinausgeekelt wurde, war Mitbegründer dieser Partei ebenso wie der maßgebendere Theodor Wolff, der seine Partei freilich zwei Jahre später verließ, weil sie das »Schund- und Schmutzgesetz« befürwortete, in dem Wolff wie Ossietzky und viele andere ein Zensurgesetz sahen. Nach redaktionellen Tätigkeiten am »Montag Morgen« und am »Tagebuch«, dem Schwesterorgan der »Weltbühne«, fand Ossietzky schließlich an dem »roten Blättchen«, so genannt nach der Farbe des Umschlags - das »Tagebuch« war grün - eine feste Anstellung.

Als einzige Organisation, in der sich Ossietzky politisch betätigte, zeitweise im Vorstand, blieb die »Deutsche Liga für Menschenrechte«, wie sich in Angleichung an die französische Schwesterorganisation der »Bund Neues Vaterland« seit 1922 nannte. Der gegen die Kriegspolitik der Reichsregierung gegründete und zeitweise verbotene Bund war ein Honoratiorenclub, was gar nicht nach dem Geschmack Ossietzkys war. Er suchte nicht den Weg zum Volke, sondern den Einfluss auf die kaiserliche Regierung, was schon gar nicht Ossietzkys Vorstellungen entsprach. Ossietzky dürfte bald nach seiner Ankunft in Berlin dem Bund beigetreten sein, vermutlich unter dem Einfluss Hellmut von Gerlachs. Schwerpunkte der Liga waren die Aussöhnung mit Frankreich und Polen, die Kritik an Reichswehr und illegaler Aufrüstung und am Justizwesen der Republik, also Themen, den Ossietzky - mit Abstrichen beim letzteren - gestiegenes Interesse entgegengab.

■ Keine »goldenen« Jahre

Mit dem Jahr 1924 lässt man gemeinhin die Jahre der Stabilisierung oder doch relativen Stabilisierung oder auch die »goldenen« Jahre beginnen, die Jahre, in denen die Republik zu sich kam, bei sich war. Ossietzky sah das anders. Für ihn begrub dieses Jahr die letzten Hoffnungen, die er anfangs auf die Republik gesetzt hatte. Sicher, Revolution und offene Gegenrevolution, die Zeit der Unruhen, Putsche und Attentate, von Ruhrkampf und Inflation waren vorbei. Auch die Zeit der Ermächtigungsgesetze, mit denen sich das Parlament aus der Verantwortung stahl und das Feld der Exekutive überließ, die Zeit der Notverordnungen, mit denen der Reichspräsident aufgrund des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung quasi eine Diktaturgewalt ausübte, war beendet, endgültig, so mochte es scheinen. Aber was zurückblieb, war keine gesunde, vitale Republik, sondern ein ausgehöhltes Gehäuse, in dem sich die Vernunftrepublikaner und Herzensmonarchisten von der DVP, ja selbst die entschiedenen deutschnationalen Gegner der Republik einzurichten verstanden. Zur Regierung gelangt, nutzten sie die Republik für ihre Zwecke. Das war nur möglich in einer Demokratie, die, wie Ossietzky formulierte, »nur in ihren Institutionen und

für ihre Institutionen« lebte, die, weil das staatsrechtliche System funktionierte, sich stabilisiert sah trotz unbeschreiblicher »Gleichgültigkeit der breiten Massen am politischen Betrieb«, trotz der »Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit«, wie sie schärfer nie waren, und trotz frondierender Wehrmacht und Justiz. (IV 7 f.)

Dass die Republik in die falschen Hände gelangen und damit ihrem Verfassungsauftrag, wie er ihn definierte, nicht mehr nachkommen könnte, befürchtete Ossietzky schon früh. Im August 1921, es bestand noch unangefochten die Weimarer Koalition, mahnte Ossietzky Verfassungstreue ein, wenn er die Verfassung charakterisierend schrieb:

»Sie verhindert die Überspannung aller kausal bedingten Partei- und Klassenkämpfe und bildet eine ernste Mahnung an jene, die heute mit dem gefährlichen Gedanken eines »Bürgerblocks« spielen und damit Deutschland in zwei Teile zu zerreißen drohen. Die Überwindung der Klassen war die beste Tradition der bürgerlichen Demokratie. Gibt sie dieses Ziel preis, so würde sie damit beweisen, dass sie den Tod im Leibe trägt.« (I 517)

Wie in seiner Kritik am Erfurter Kriegsgericht fasst Ossietzky den Begriff »Klasse« noch sehr allgemein, aber wenn er die politische Landschaft betrachtet, dann geht es ihm letztlich nur um die beiden großen Klassen Bürgertum und Arbeiterschaft, um ihr Bündnis auf dem Boden der Demokratie, wie es mit der Weimarer Koalition teilweise gegeben war. Ein Zusammenschluss bürgerlicher Parteien ohne, gar gegen die (sozialdemokratische) Arbeiterschaft löste nicht nur das gewünschte Bündnis auf, er rührte an die Substanz der Demokratie. Ossietzky dachte dieses Bündnis nur politisch, er dachte nicht an die Zentralarbeitsgemeinschaft, in der Unternehmerverbände und Gewerkschaften zusammensaßen, solange es die Unternehmer für opportun hielten. Die Schwerindustrie war ihm politisch immer suspekt, eine Gefahr für die Republik. Auch darin erwies er sich durchaus als bürgerlicher Demokrat. Sein Ideal war die französische Linke, das »cartel de gauche«. Das wollte er auch für Deutschland, aber 1924, die republikanische Sammlung war kläglich gescheitert, und es regierte wieder einmal eine rein bürgerliche Koalition, sah er die Voraussetzungen dafür nicht gegeben: »Verteidigung der republikanischen Institutionen, Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten, unbedingtes Bekenntnis zum sozialen Fortschritt. Aus diesen drei Elementen ward immer ein cartel de gauche, Bürgerliche und Sozialisten einend. Bei uns gibt es Parteien, die im Parlament links sitzen, aber es gibt keine Linke. Es gibt keine republikanische Solidarität. Wohl weiß man um ein paar Persönlichkeiten, die als Träger einer solchen zu betrachten wären: Wirth, Schücking, Schoenaich, Loebe. Aber um sie herum stößt man überall auf die bewährten Fraktionszelebritäten mit der Zinkeinlage im Hosenboden. Die verabscheuen die Linke

und kultivieren den verschwommenen, maskierenden Begriff der »Politik der Mitte«, einen Begriff, den noch niemand ganz klar präzisiert hat, bei dem sich aber jeder etwas Verwaschenes, etwas Molluskenhaftes, mit einem Wort: etwas Nationalliberales denken kann.« [Q II 367 f.]

»Nationalliberal« war eines der ärgsten politischen Schimpfworte, über die Ossietzky verfügte: Ins Politische übertragene Mollusken, wirbellose Weichtiere, ohne Rückgrat, ohne Konturen, ohne Prinzipien, ohne Programm, nur Gelegenheitsmacherei, nur qualliger Opportunismus. Erstmals im Kaiserreich auftretend, fanden die Nationalliberalen in der Republik ihre Fortsetzung in der DVP, der Partei der Schwerindustrie, von Stresemann nolens volens auf Republikkurs gehalten.

Einige Jahre später, es wurde gerade nach einem Wahlsieg der SPD über die Bildung einer großen Koalition, das von der SPD bis zur DVP reichende Bündnis, verhandelt, memorierte Ossietzky über das »Debakel der Mitte«. Mit Wohlgefallen erinnerte er sich an den Großblock in Baden vor dem Krieg, einem Bündnis bürgerlich liberaler Parteien mit der Sozialdemokratie. Er sieht in ihm sogar das von ihm erstrebte Linkskartell geschaffen. Das ist für einen Verächter der Nationalliberalen eine überraschende Hochschätzung, zumal Ossietzky aus seiner Abneigung gegen die nationalliberale DVP, die der SPD in den Verhandlungen mit unakzeptablen Forderungen zusetzte, keinen Hehl macht. Zunächst einmal aber schiebt er dem Zentrum, das vom badischen Großblock ausgeschlossen gewesen war, den schwarzen Peter zu. Statt mit einem Linkskartell sieht sich Ossietzky mit einer »Mitte« konfrontiert:

»Eine Phrase war allerdings damals noch nicht erfunden: die Politik der Mitte. Sprach man 1910 bei Liberalen und Sozialisten von einem Kartell, so war es ein Linkskartell. Erst seit 1914, mit dem Ausbruch des Burgfriedens, kommt das Zentrum mit an die Partie. Damit ist der Gedanke der deutschen Linken unterhöhlt. Alle Koalitionen, die von jetzt ab gebildet werden, haben nicht mehr den Sinn, gemeinsam irgend Etwas erzwingen zu wollen, sondern gemeinsam allen Unannehmlichkeiten auszuweichen. Das mag für eine bürgerliche Partei ein Verzicht auf manche Forderung für die Dauer eines Ministeriums bedeuten. Für eine sozialistische Partei bedeutet es hingegen den Verzicht auf sozialistische Wirksamkeit überhaupt. Sie opfert am meisten und muß deshalb rechtens auch die weitgehendsten Forderungen stellen. Denn es ist für den Sozialisten dabei immer etwas von einem Seelenverkauf, während der Liberale höchstens seine Uhr versetzt.

Die Politik der Mitte schließt große Umformungen von vornherein aus. Sie bedeutet nicht Änderung, sondern Kontinuität. Man nimmt einfach die Plätze ein, die ein paar Andre eben verlassen haben und sitzt dort so lange, bis man durch ein neues

Wahlergebnis wieder abkomplimentiert wird. Diese Politik raubt der Linken jede Aktivität, denn sie zwingt sie fortzusetzen und von den Vorgängern geschaffene Zustände zu verantworten. Die Wahlen vom 20. Mai aber sind eine klipp und klare Absage an alles, was seit vier Jahren zusammenregiert worden ist. Es waren Linkswahlen, und die Wähler erwarten neue, von der Linken ausgehende Kräfte.« (IV 406)

■ »Paradieswonen der Großen Koalition«

Ossietzky sieht seinen Beruf als politischer Publizist der Republik darin, vor Fehlentwicklungen zu warnen, und nicht darin, konkrete Vorgaben für eine linke Politik zu machen. Bald aber regte sich eine der von ihm erwarteten neuen Kräfte. Vom Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten, der 1926 eingebracht worden war, erhoffte sich Ossietzky noch einmal einen republikanischen Aufschwung. Sozialdemokraten und Kommunisten zogen an einem Strang, wenn sie sich auch dessen schämten und miteinander nichts zu tun haben wollten. Der Volksentscheid scheiterte. Der Wahlsieg der SPD von 1928 und die Bildung der großen Koalition erweckten in Ossietzky schon keine Hoffnungen mehr. Er hielt von einer opponierenden SPD, die bei sich und deren Führung bei der Basis war, mehr als von einer SPD, deren Führung in der Regierung ihr sozialdemokratisches Credo verleugnete und sich von ihren bürgerlichen Koalitionspartnern vorführen ließ. Die neue sozialdemokratisch geführte Regierung begann ihr Geschäft mit dem Bau eines Panzerkreuzers, gegen den die Berliner Sozialdemokraten ihren Wahlkampf geführt hatten. Ossietzky wertete die Entscheidung als einen Sieg des Reichswehrministers Groener, der zu diesem Zweck die Richtlinienkompetenz des Reichskanzlers unterwandert und somit faktisch Verfassungsbruch begangen habe. Hier dürfte freilich der wachsame Demokrat, der im Militär seinen naturgegebenen Feind sah, einer falschen Einschätzung erlegen sein – den schwarzen Peter hatte die DVP, die aus dem Panzerkreuzer eine Koalitionsfrage machte -, aber wer auch immer der Sozialdemokratie die Niederlage bereitet hatte, die Niederlage selbst ließ sich nicht wegdisputieren. Der aufgebrachte und zutiefst besorgte Ossietzky kommentierte bissig:

»Die Sozialdemokratie ist kreuzbrav geblieben, und nachdem sie diese Pferdekur lebendig überstanden hat, rücken endlich die Paradieseswonen der Großen Koalition in greifbare Nähe. Die Verschnittenen lässt man ruhig im Serail, Tag und Nacht. Gegen ein geselliges Zusammensein liegen keine Bedenken mehr vor.« (IV 534)

Knapp zwei Jahre später zeigte der Bruch der großen Koalition im März 1930 an, dass eben doch Bedenken gegen ein Zusammensein mit der SPD bestanden, nur hatten sie sich 1928 noch nicht

durchgesetzt. Erst als in der Weltwirtschaftskrise die sozialen Gegensätze, konkret in der Frage der Arbeitslosenversicherung, verschärft aufbrachen, erschien eine Beteiligung der SPD an der Regierung nicht mehr tolerabel. Als demokratischer Verfassungsstaat war die demokratische Republik an ihr Ende gelangt. Schon in der vorangegangenen Zeit der Agonie, der so genannten Stabilisierung, hatte Ossietzky die Vorboten des Absturzes herannahen sehen und begonnen, sein politisches Denken neu auszurichten. Es stellte sich ihm nicht mehr die Frage, wie Demokratie in gemeinsamem politischen Handeln von Bürgertum und Arbeiterschaft praktiziert und ausgebaut werden könnte, sondern wie die noch vorhandene demokratische Substanz vor ihren Gegnern auf der politischen Rechten geschützt werden könnte. Dabei fiel das Bürgertum als politische Kraft bis auf einige wenige unentwegte Anhänger der Republik inzwischen so gut wie ganz aus. Aber die von der Rechten in erster Linie bedrohte kommunistische Arbeiterschaft musste ansprechbar sein. Die Umorientierung in Ossietzkys Denken tritt in seinen Reaktionen auf den Blutmai von 1929 deutlich hervor.

(»Blutmai« ist keine offizielle Bezeichnung für die Vorgänge in Berlin Anfang Mai 1929. Es gibt keine offizielle Bezeichnung, weil es nach offizieller Lesart keine Vorkommnisse gab, die eine Untersuchung und damit eine charakterisierende Kennzeichnung erforderlich gemacht hätten. So weit ich sehe, findet sich der Ausdruck »Blutmai« zum ersten Mal im »Klassenkampf«, einer Zeitschrift der linken SPD-Opposition. Ossietzky gebraucht ihn nicht. In der kommunistischen Literatur gängig, hat er sich heute, mal mit, mal ohne Anführungszeichen, bei den Autoren durchgesetzt, die sich mit ihm näher befassen.)

Was war geschehen? Von der KPD aufgerufen, setzten sich am 1. Mai 1929 in den Arbeitervierteln von Berlin Demonstrationen in Richtung Innenstadt in Bewegung, obwohl der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel ein Demonstrationsverbot erlassen hatte. Die Polizei löste die Demonstrationen auf, ohne dass es zunächst zu größeren Vorfällen kam. Am Nachmittag setzten Schießereien ein, die in den nächsten Tagen immer wieder aufflackerten, wobei die Polizei schwere Schusswaffen und gepanzerte Wagen einsetzte. Im Wedding und in Neukölln riegelte sie zwei Straßen hermetisch ab. Sie waren nur mit Ausweiskontrolle passierbar. Die Häuser wurden scharf bewacht und nachts mit Scheinwerfern beleuchtet.

Das Ergebnis des Polizeieinsatzes waren außer der Verhinderung der Maidemonstration 32 Tote, über 80 Schwer- und einige hundert Leichtverletzte und über 1.000 Verhaftungen. Auf Seiten der Polizei war nur eine ernsthafte Verletzung zu verzeichnen, eine Schussverletzung aus einem Dienstrevolver. Unter den Opfern des Polizeieinsatzes befanden sich keine bewaffneten Kämpfer;

vielfach handelte es sich um Passanten, die mit Maidemonstrationen, gar kommunistischen nichts zu tun hatten.

Angesichts der behaupteten Bedrohung durch militante Kräfte gab die Polizei ihr Vorgehen als durchaus angemessen aus, wobei sie vom Wedding-Parteitag der KPD bestätigt wurde, die ein stolzes Bekenntnis zu ihren »Barrikadenkämpfern« ablegte. Dank solcher Legendenbildung fiel es den zuständigen Instanzen leicht, den blutigen Skandal unter den Teppich zu kehren. Der preußische Innenminister Grzesinski stellte sich vor den Polizeipräsidenten, seinen Parteifreund, und der Landtag sprach der Polizei sein Vertrauen aus, statt eine Untersuchungskommission einzusetzen. Die Presse fiel als Wächter des Rechtsstaats aus. Allen voran deckte der »Vorwärts« seinen Polizeipräsidenten und das Vorgehen der Polizei. Die »Rote Fahne« war verboten worden. Sie hätte diese Rolle auch nicht ausfüllen können. Nur bei einigen demokratischen Tageszeitungen entstanden Zweifel. Sie erhoben gegen die Polizei Vorwürfe wegen ihres überzogenen Vorgehens, doch nicht wegen eines gesetzeswidrigen.

Ossietzky engagierte sich in einem Untersuchungsausschuss, der es sich zur Aufgabe machte, das wirkliche Geschehen an die Öffentlichkeit zu bringen und öffentlichen Druck auf die staatlichen Instanzen auszuüben, um sie in Bewegung zu setzen. Die Entstehung des Ausschusses ist nicht ganz geklärt. Er war von kommunistischer Seite initiiert, aber nicht kontrolliert. Ossietzky arbeitete in ihm zum ersten Mal mit Kommunisten zusammen und erfuhr dabei, dass eine solche Zusammenarbeit durchaus fruchtbar sein konnte. Auf der anderen Seite erhielt seine Einstellung zur SPD einen gehörigen Knacks. Bei aller Kritik an der generellen Politik der Parteiführung sah er in ihr doch die einzige noch verbliebene zuverlässige Stütze der Republik, des Rechts- und Verfassungsstaats. Aber dieser Rolle konnte sie nicht gerecht werden, wenn sie aus parteiegoistischen Motiven den Rechtsstaat für ihre Zwecke instrumentalisierte und ihn damit bloßstellte, ihn unglaubwürdig machte. In der Nachfolge des Polizeieinsatzes kam es zu wiederholten Verboten der »Roten Fahne« und vor allem zu einem reichsweiten Verbot des Rotfrontkämpferbundes, das Severing als sozialdemokratischer Reichsinnenminister mit Hilfe des Republiksschutzgesetzes durchsetzte. Sein deutschnationaler Vorgänger war beim Reichsgericht noch gescheitert, weil ihm gegenüber die sozialdemokratischen Innenminister der Länder, darunter auch der preußische, den Anforderungen eines Rechtsstaats nachgekommen waren.

Die Maßnahmen gegen die Kommunisten begriff Ossietzky schließlich nur noch als Auswirkung eines »Rotkollers«. Die Folgen, so warnte er, würden auf die SPD und auf die ganze Republik zurückfallen. Der Staat müsse endlich wieder den le-

galen Boden finden, den er von der Opposition fordere, sonst werde eines traurigen Tages »der in der Stille gewachsene und vom Überdruß am Kampf von Rot gegen Rot genährte Fascismus da sein und das Prävenire spielen«. [Q V 126] Als Zörgiebel etliche Wochen später mit einer sehr schludrigen Begründung wieder einmal die »Rote Fahne« verbot, unterzog Ossietzky diese Maßnahme einer scharfen Kritik und fuhr fort: »Und jetzt sehe ich auch schon den »Vorwärts«: »Natürlich Sukkurs für die Kommunisten!« Nein, darum geht es nicht, wohl aber um die Pressefreiheit, die Standarte des demokratischen Staates. Um weniger feierlich zu sprechen: nackter Selbsterhaltungstrieb sollte uns republikanische Blätter ohne Unterschied der Prinzipien oder Nuancen endlich dazu führen, das Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht der freien Presse mit doktrinäarer Härte zu verfechten. Was die »Rote Fahne« heute unter dem Genossen Z. erlebt, das kann morgen unter einem Polizeivogt von rechts der »Weltbühne«, den Demoblättern, ja vielleicht sogar dem »Vorwärts« widerfahren – sogar dem »Vorwärts«.« (V 286 f.)

In der Neuauflage des Republikenschutzgesetzes von Anfang 1930 sah Ossietzky das Bestreben, den »Rotkoller« zu stabilisieren, ihn »in gesatztes Recht zu verwandeln«. An Severing, der die Gesetzesvorlage im Reichstag begründete, richtete er die Worte: »Man möchte Ihnen, Herr Minister, einen Augenblick der Besinnung wünschen, wo Sie fern von den Einflüsterungen reaktionärer Bürokraten, ganz nüchtern erwägen, daß auch Ihre Herrschaft und die Ihrer Partei zeitlich begrenzt ist und daß jede kommende deutschnationale Regierung dieses Ausnahmegesetz gegen Sie und Ihre Freunde mit gleichem Fug anwenden kann, wie Sie es gegen Ihre linksradikalen Gegner anzuwenden bereit sind.« (V 300)

Ossietzky kann natürlich nur den generellen Trend, nicht einzelne konkrete Maßnahmen vorhersehen. So wurde die »Weltbühne« nicht verboten, es wurde ein Prozess gegen ihren leitenden Redakteur geführt. Severing wurde am 20. Juli 1932 nicht mit Hilfe des Republikenschutzgesetzes seines Amtes enthoben, sondern von einem Reichswehrkommando, das aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung tätig wurde. Aber insgesamt sieht er erstaunlich klarsichtig die künftige Entwicklung. Er vermag dies, weil er als ein nicht in der Praxis stehender Beobachter nicht der Verlockung unterliegt, sich allerlei Illusionen über die Auswirkungen des eigenen Handelns zu machen, und weil er standhaft auf seiner demokratischen Position beharrt und sich nicht dem herrschenden Trend anpasst. Für seine Unbeugsamkeit geht er ins Gefängnis und später ins KZ.

Es ging Ossietzky aber nicht nur darum, dass im Umgang mit Kommunisten die Erfordernisse eines Rechtsstaats eingehalten würden. Da er die Republik von rechts bedroht sah – es saßen nicht nur wie-

derholt antidemokratische Parteien in der Regierung, es gab eine antidemokratische Justiz, ein antidemokratisches Militär, eine breit gestreute antidemokratische Presse, antidemokratische Eliten in Schwerindustrie und (ostelbischer) Landwirtschaft ñ, sah er das Erfordernis, die Kommunisten für die Verteidigung der Republik zu gewinnen. Immerhin lag es im eigenen Interesse der Partei, die Republik gegen die Angriffe der Rechten zu verteidigen, wie auch im Interesse ihrer Anhängerschaft, die sich im Wesentlichen aus dem Arbeitermilieu rekrutierte.

Für ein »operatives Zusammengehen zur Verteidigung der Arbeiterklasse« werbend, schrieb er im Mai 1932 – noch regierte Brüning, soweit ihm Hindenburg den Artikel 48 zur Verfügung stellte –: »Es kommt nicht mehr darauf an, Recht zu behalten, sondern sämtliche Teile der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft vor der Vernichtung zu retten. Wollen wir antiquierte Schlachten weiterführen, wo der Raum, in dem wir leben, immer enger wird? Wo wir immer mehr zusammengepreßt atmen müssen, wo riesenhohe Wände, von unsichtbarem Mechanismus bewegt, immer näher rücken? Es geht nicht mehr um Programme und Doktrinen, nicht mehr um »Endziele« und »Etappen«, sondern um den technischen Fundus der Arbeiterschaft, ihre Presse und Gewerkschaftshäuser, und schließlich um ihr lebendes Fleisch und Blut, das hoffen und vertrauen und kämpfen will. Ich frage Euch, Sozialdemokraten und Kommunisten: - werdet ihr morgen überhaupt noch Gelegenheit zur Aussprache haben? Wird man euch das morgen noch erlauben?« (VI 365 f.)

■ Nicht doktrinär, sondern kritisch

Prophetische, aber in den Wind gesprochene Worte. Die Sozialdemokraten machten sich Illusionen über den herrschenden Rechtstrend, dem sie nichts entgegenzusetzen wussten, und die Kommunisten, ohnmächtig in ihrer politischen Isolierung, erhofften sich von ihm einen eigenen Aufschwung, der sie, die Avantgarde des Proletariats, wieder handlungsfähig machte. Doch erachtete Ossietzky als Demokrat Sozialdemokraten und Kommunisten nicht als gleichrangig. Von einer Verschiebung der Gewichte zwischen beiden Parteien zugunsten der Kommunisten versprach er sich gar nichts. Düstere Auswirkungen des Blutmais befürchtend, hatte er schon 1929 gewarnt: »Am 1. Mai sah man überall in den Arbeitervierteln schwarzrotgoldne Fahnen wehen. Ein Beweis dafür, wie sehr man trotzallem auch in der Arbeiterschaft noch immer auf die demokratische Republik hofft. Doch am gleichen Abend schon, als Zörgiebels Reisige bereits munter am Werk waren, da wirkten diese Fahnen wie ein klägliches Symbol geschändeten Vertrauens. Unzählige treue Menschen, die noch immer an die Sozialdemokratie ge-

glaubt haben, werden in alle vier Winde laufen. Die Einen zu den Kommunisten, die Andern nach Rechts. Den Propheten roter und weißer Diktaturen werden diffuse Scharen enttäuschter Sozialdemokraten zuwandern, die sich an Programme heften werden, die ihnen nichts sagen und nichts geben können. So hat Herr Zörgiebel nicht nur seine Partei blessiert, er hat die ganze Linke, die ganze deutsche Republik getroffen.« (V 116)

Diese Zeilen, die mehr von Ossietzkys eigenen Befindlichkeiten als von denen sozialdemokratischer Anhänger zeugen mögen, machen deutlich, dass Ossietzky sich nur von den Sozialdemokraten eine Rettung der Republik verspricht, die dazu freilich der Unterstützung der Kommunisten bedürfen. Einmal allerdings sah sich Ossietzky genötigt, sich für einen KPD-Kandidaten gegen einen anderen auszusprechen, der zwar von der SPD favorisiert wurde, der aber doch alles andere als ein Sozialdemokrat war. Bei der Reichspräsidentenwahl von 1932 unterstützte er die Kandidatur Thälmanns. Er hoffte auf eine Sammlung der Wähler der Linken gegen Hindenburg. Die Hoffnung erfüllte sich nicht, dafür aber seine Warnung, dass es nicht auf Hindenburg, sondern auf die erste Ziffer ankäme, die vor diese »Null« gesetzt würde. Hindenburg als Null war kein frecher Einfall Ossietzkys; er schloss sich dem ausgewiesenen Militärhistoriker Hans Delbrück an, dem bei der Lektüre von Kriegserinnerungen Hindenburg als »eine ehrwürdige Null« erschienen war.

Ossietzky glaubte nicht, dass die Wahl Hindenburgs die Kanzlerschaft Brünings sichern würde. Darin sollte er Recht behalten. Er hatte aber auch einen persönlichen Grund, gegen Hindenburg zu votieren. Wegen seiner Verurteilung als Landesverräter hatte er ein Gnadengesuch beim Reichspräsidenten eingereicht. Hätte er nun die Kandidatur Hindenburgs unterstützt, dieser aber nach erfolgter Wahl das Gnadengesuch abgelehnt – tatsächlich kam es nicht über das Vorzimmer hinaus –, dann wäre er als Mensch vielleicht zu einer tragischen, als politischer Publizist aber gewiss zu einer lächerlichen Figur geworden.

Ossietzky gab seine demokratische Position in keiner Hinsicht preis, er relativierte sie auch nicht. Er blieb ein entschiedener Gegner aller Diktaturen, roter wie weißer. Aber er dachte nicht doktrinär, sondern kritisch. Doktrinär nenne ich die Erhebung einer Erkenntnis zur Allgemeingültigkeit, die nur innerhalb der Begrenzung eines Fachgebietes Gültigkeit beanspruchen kann, weil sich mit ihr in dem vorgegebenen systematischen Rahmen sinnvoll operieren lässt. Kritisch ist ein Denken, dass im Bestreben, die Wirklichkeit statt nur eines partiellen Ausschnittes zu erfassen, auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang abhebt. Die Einbindung politischer Phänomene wie Demokratie und Diktatur in ihre gesellschaftlichen Zusammenhänge, ihre Rückführung auf die gesellschaftli-

chen Interessen, von denen sie geleitet werden, waren Ossietzky nicht durch eine vorgegebene Theorie vermittelt. Sie resultierten bei ihm aus vielfachen Erfahrungen, die er von seiner demokratischen Position aus als unbefangener Beobachter machte. Ich unterlasse es hier einzuschätzen, wie weit seine Aufrufe, Überlegungen, Vorstellungen über eine gemeinsame proletarische Abwehr gegen den Faschismus realistisch waren. Es gibt Situationen in der Geschichte, insbesondere in der deutschen gab es sie, in denen das, was vernünftig ist, nicht wirklich wird.

■ Deutschland als Wagner-Oper

Im November 1931 wurde Ossietzky vom Reichsgericht wegen Landesverrats verurteilt, weil er als leitender Redakteur einen Artikel zu verantworten hatte, in dem illegale Aufrüstungen zur Luft im Verein mit der Roten Armee angedeutet wurden, die Ossietzky vor allem als einen verfassungsrechtlichen Verstoß gegen das Budgetrecht des Parlaments bewertete. Am 10. Mai 1932 betrat Ossietzky das Gefängnis in Berlin-Tegel. Damit begann sein Leben in Haftanstalten, die er erst als todkranker Mann verlassen sollte. Während einer zweimonatigen Unterbrechung im Januar/Februar 1933 versuchte er, seine Publizistik auf die neuen Machtverhältnisse einzustellen. Als im Februar 1933, also nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, der 50. Todestag Wagners begangen wurde, lieferte Ossietzky einen apokryphen Beitrag. Er schrieb Wagner und meinte Hitler, er schrieb über die Oper und meinte die Politik:

»Zum zweitenmal soll aus Deutschland eine Wagneroper werden, Siegmund und Sieglinde, Wotan, Hunding, Alberich und der ganze Walkürenchor und die Rheintöchter dazu sind – Heiajaheia! Wallalaleia heiajaheia! über Nacht hereingebrochen mit der Forderung, über Leiber und Seelen zu herrschen. Die künstlerische Seite dieses Programms billigen wir nicht, denn wir glauben in Wagner nicht die deutsche Musik erschöpft, wir glauben sie bei andern Meistern echter und tiefer zu finden; wir sehen in Wagners Werk vornehmlich eine künstliche Fontäne in buntem Scheinwerferlicht und keinen reinen natürlichen Quell – aber das ist Sache des Kunstgeschmacks, also Privatsache. Die andre Seite dieses Programms ist es dagegen nicht. Wir werden also etwas unternehmen müssen, da nicht zu erwarten ist, daß eine reine Jungfrau, um uns zu erlösen, ins Wasser springt.« (VI 483)

Im »Fliegenden Holländer« stürzt Senta sich ins Meer. Das war Oper. Doch was war in der Wirklichkeit zu unternehmen? Ossietzky gehörte zu den Ersten, die in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet wurden. Offenbar stand sein Name auf den schon seit der Regierung Papen angefertigten Listen. Aber darauf standen viele Namen. Warum Ossietzky? Als Landesverräter, als Pazifist überhaupt,

als Prediger eines gemeinsamen Vorgehens der Arbeiterparteien gegen den Faschismus oder auch aus persönlichen Gründen eines stets verächtlich ironisch abgehandelten Hitlers oder eines Goebbels, der sich als Gauleiter von Berlin durch Inszenierungen antisemitischer Krawalle hervortat? Wir wissen es nicht.

■ **Trotz KZ-Haft und Erkrankung bleibt »... alles in ihm lebendig«**

Ossietzky kam ins Polizeipräsidium am Alexanderplatz, wurde von dort ins Polizeigefängnis Spandau und schließlich ins KZ Sonnenburg verbracht. In diesem KZ wurde Erich Mühsam brutal gefoltert und ermordet. Anders als der »Jude« und Anhänger der Münchener Räterepublik von 1919 blieb Ossietzky am Leben. Gelegentlich konnte er sogar Besuch von seiner Frau und von ehemaligen Mitarbeiterinnen an der »Weltbühne« empfangen. Über die Leiden Ossietzkys in diesem KZ berichtete 1934 ein anonym gebliebener Mithäftling:

»Ossietzky wurde als Landesverräter und, trotz rein arischer Abstammung, als Jude und Judensau besonders maltrahiert. Die Gefangenen traten auf dem Hof zum Dienst an. Carl von Ossietzky wurde im Laufschrift umhergejagt, musste sich hinwerfen, aufstehen, wieder hinwerfen, wieder aufstehen. Betrunkene SA-Leute ließen sich das Vergnügen nicht nehmen, hinter ihm herzulaufen und Ungeschicklichkeiten Ossietzkys durch Schläge oder Fußtritte zu bestrafen. Oft vermochte sich Ossietzky kaum noch zu erheben, stumm lag er da, ohne Protest, ohne seinen Schmerz zu äußern. Solche Augenblicke benutzte der Sturmführer Bahr, ihn mit den Füßen zu stoßen und zu brüllen: »Du polnische Sau, verrecke endlich!« Wenn sich Ossietzky erhob, wurde er wieder geschlagen und getreten. Einige Wochen wiederholten sich solche Szenen auf dem Gefängnishof.

Auch in seiner Zelle wurde Ossietzky nicht in Ruhe gelassen. Plötzlich stürmten einige SA-Leute herein und schlugen ihn aus nichtigen Anlässen. Da war ein Zellengeschirr nicht sauber, er wurde im Laufschrift zum Brunnen gehetzt und musste das Geschirr nach fünf Minuten geputzt vorzeigen. War er mit seinem Geschirr nach fünf Minuten zur Stelle, so behaupteten die Folterknechte, er habe die Zeit überschritten. Er musste wieder zum Brunnen laufen, und bei jeder Gelegenheit wurde er geprügelt. Nun ist Ossietzky kein Riese. Die Grausamkeiten, die seine Peiniger ersannen, zerstörten seine Gesundheit, er brach zusammen. Mit dem Lazarettdienst war der Polizeiwachmeister Krüger befreundet, dem an dieser Stelle gedankt sei, dass er Ossietzky und andere schwer leidende Kameraden in Behandlung nahm, und daß er die Gequälten einigermaßen schützte.«

Die Leitung des KZs wechselte. Nach einer Zeit ruhigerer Verhältnisse wurde es wieder schlimm:

»Besonders mißhandelt wurde wiederum Carl von Ossietzky. Wo er sich auch aufhielt, wurde er getreten und geschlagen. Einzelne Halunken hielten Ossietzky, der krank war, aus dem Schlafrum und ließen ihn stundenlang in strammer Haltung vor der Tür stehen. Manchmal stellten sie ihn über Mittag an die Tür; da er nicht fortgehen durfte, bekam er kein Essen. Oft brach er zusammen. Kameraden trugen ihn vom Hof und pflegten ihn.

Ossietzky selbst ertrug alles mit stoischer Ruhe. Er schämte sich, dass ihm die Hände zitterten, und er steckte sie in die Ärmel, um das Zittern nicht zu zeigen.« (Neue Weltbühne, 21.6.34; wieder abgedruckt in VII 515 ff.)

Im Februar 1934 kam Ossietzky in das KZ Esterwegen. In diesem Lager waren vor allem prominente Sozialdemokraten und Kommunisten inhaftiert. Fritz Husemann, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, wurde hier »auf der Flucht« erschossen. Adolf Bender, ein saarländischer Sozialdemokrat, der nach dem Krieg einen Bilderzyklus über seine Zeit im KZ gemalt hat, berichtet über Ossietzky:

»Ich werde zum Latrinenreinigen eingeteilt, eine ganz ruhige, allerdings nicht sehr angenehme Beschäftigung. Hier treffe ich mit C.v.O. zusammen, der mich sofort begrüßt. Er ist in guter Stimmung, hatte eine gute Nacht, wie er mir gleich versichert, und bietet mir dabei eine feine Zigarette an. Auf der Latrine, die am äußersten Ende der Barackenreihe liegt, hat man durch gute Beobachtungsmöglichkeit mit keiner Überraschung durch Wachposten zu rechnen. In der einen Hand den Reiserbesen und in der anderen die Zigaretten, so beginnt unsere Morgenunterhaltung. »Du bist wieder aus dem Revier?« frage ich ihn. »Wenn es nicht ins Moor geht, wie heute, ist es besser, ich bin in der Baracke und mache leichten Arbeitsdienst. Die Leute vom Revier tun alles, um mir Aufregungen zu ersparen.« C.v.O. hält seine Zigarette in der kleinen, zitternden Hand, führt sie unsicher zum Mund und bläst dann in kurzen Zügen den Rauch in die Luft. Wenn er spricht, ist sein Kopf immer in Bewegung, ebenso seine Augen, die tief in den Augenhöhlen liegen. Seine körperlichen Bewegungen wirken zwar immer noch geschmeidig, aber das täuscht. Sein Körper ist sehr krank, im Gegensatz zu seiner noch immer starken, geistigen Produktivität, die allerdings nur einem kleinen Kreis zugänglich ist. In dem Augenblick, wo ihn ein Thema interessiert, wird trotz seiner ramponierten Gesundheit alles in ihm lebendig. Bei ihm gibt es keine Pose, alles ist Dynamik, geistige Virtuosität. (...)

Den Rest seiner Zigarette wollte sich ein in der Nähe verweilender Häftling geben lassen. C.v.O. lehnte dies Ersuchen schroff ab und warf die Zigarettenkippe in die Abortgrube und holte aus seiner kleinen Schachtel eine frische Zigarette heraus und gab sie dem noch jungen Kameraden mit freundlicher Geste. C.v.O. war nie unhöflich gegen seine Umgebung. Er hatte immer ein freundliches Wort,

trotz der Aufregungen, hervorgerufen durch die gemeinen Folterungen physischer Art. [...] Mitunter glaubte ich, es würde ihn zu sehr anstrengen, wenn von etwas Konkretem die Rede ist und irgendein belangloses Thema wäre ratsamer, mit ihm zu führen. Aber es war unmöglich, mit C.v.O. ein Gespräch en passant zu führen. Abrupt machte er, wenn er das merkte, mit dem Gespräch Schluß und sagte energisch und bestimmt: »Wir haben keine Zeit mehr, um Worte zu verplempern.« (Manuskript im Ossietzky-Archiv Oldenburg; abgedruckt in VII 554 ff.)

Zum Schluss noch ein Bericht von Karl Wloch, einem Redakteur der »Roten Fahne«, in der DDR Generalsekretär der »Hellmut von Gerlach-Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft mit Polen«. Wloch schildert die illegale Häftlingsorganisation der Kommunisten und fährt dann fort:

»Mit diesen aktiven Kommunisten hatte Ossietzky viel Kontakt: Ihn interessierten die nie abreißen lassen Scheußlichkeiten der SS-Bewacher nur noch wenig, umso mehr aber alles, was er über die politische Lage und die Diskussionen erfahren konnte. Nur knappe Fragen stellte er, das Reden fiel ihm infolge Atemnot und der herausgeschlagenen Zähne sehr schwer. Aber seine knappen, sehr auf das Wesentliche konzentrierten Fragen bewiesen uns doch, wie sehr er am politischen Geschehen innerhalb und außerhalb des Lagers Anteil nahm. Er wollte z.B. alles über die Nazi-Rüstungen und die Kriegsvorbereitungen wissen, und größtes Interesse rief bei ihm die Politik der Volksfront, z.B. in Frankreich, hervor: »Die hätten wir bei uns haben müssen«, sagte er einmal. (...)

Es scheint mir noch wichtig zu betonen, daß Carl von Ossietzky trotz allen ausgestandenen Leiden nicht resignierte, daß er gar teilnahmslos dahin dümmerte. Er war nicht lebensmüde, obwohl er wusste, wie schwer es war, lebend aus dem Bereich der SS-Henker zu gelangen. Als wir einmal über einige Fälle von Selbstmord im KZ sprachen, sagte Ossietzky dem Sinne nach: »Ob wir überleben, ist weder sicher, noch die Hauptsache. Wie man aber später von uns denken wird, ist so wichtig wie, daß man an uns denken wird. Darin liegt auch unsere Zukunft. Danach müssen wir hier leben, solange wir atmen. Ein Deutschland, das an uns denkt, wird ein besseres Deutschland sein.« (Weltbühne, 29.5.63; wieder abgedruckt in VII 558 ff.)

Ossietzkys Gesundheit war derart angegriffen, dass er wiederholt auf die Krankenstation verlegt

und schließlich von der Arbeit im Moor befreit und zum Küchendienst eingeteilt wurde. März 1936 vermerkte der Kreisarzt von Meppen ein Rasseln in der Lunge. Der Inspekteur der Konzentrationslager teilte Himmler mit, dass mit dem Ableben Ossietzkys gerechnet werden müsse. Göring setzte die Verlegung in ein Berliner Krankenhaus durch, wo die Ärzte eine offene Tuberkulose feststellten.

■ Das bewachte Ende des Friedensnobelpreisträgers

Seine Entlassung verdankte Ossietzky der Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn, womit die Kampagne, die ein von Emigranten in Paris gebildeter »Freundeskreis Carl von Ossietzky« betrieben hatte, seinen erfolgreichen Abschluss fand. Es wurde Ossietzky nicht gestattet, ihn persönlich in Oslo entgegenzunehmen. Vor Pressevertretern neutraler Länder hatte sich der Friedensnobelpreisträger zum Pazifismus bekannt und sich damit, wie die Gestapo in einem Gutachten festhielt, in »bewußten Gegensatz zum nationalsozialistischen Gedankengut der Wiederertüchtigung und Wehrhaftmachung des deutschen Volkes« gestellt. Da ihm als »erklärtem Gegner des neuen Deutschlands« der Rückweg nach Deutschland verschlossen wäre, »ist dann«, gab die Gestapo zu bedenken, »mit Bestimmtheit vorauszusehen eine nun unverhüllte Stellungnahme gegen Deutschland, möglicherweise verbunden mit Hetzpropaganda über seine angeblichen Erlebnisse im Konzentrationslager und bei der Geheimen Staatspolizei.« (VII 818)

Am 4. Mai 1938 starb Ossietzky. Sein Leichnam wurde eingäschert. Im Krematorium durften nur seine Frau Maud, sein Arzt und der Bestatter anwesend sein. Die Gestapo überwachte den Vorgang wie auch die Beisetzung der Urne auf dem Friedhof in Niederschönhausen. Ein Namensschild durfte nicht angebracht werden.

Dr. Werner Boldt ist Historiker und pensionierter Professor an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Er schreibt zurzeit an einer Ossietzky-Biografie, die demnächst beim Temmen-Verlag in der Schriftenreihe des DIZ (Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager) erscheinen wird. Der hier veröffentlichte Text basiert auf einem Vortrag, den er auf einer DIZ-Veranstaltung anlässlich des 70. Todestages von Carl von Ossietzky am 4. Mai gehalten hat und der für die Veröffentlichung hier überarbeitet wurde.